

Skript zur Rede zum 1. Mai 2017 in Liestal (14 Uhr) und Chur (18 Uhr)

Cédric Wermuth, Nationalrat, Vize-Präsident der SP Fraktion, cedric.wermuth@spschweiz.ch

Es gilt das gesprochene Wort

Es gab Jahre, als ich angefangen habe mich aktiv politisch zu engagieren, irgendwann kurz nach der Jahrtausendwende, da habe ich einen Moment gebraucht, um für die 1. Mai-Reden herauszufinden, wie ich am besten die Notwendigkeit linker, sozialdemokratischer Politik begründen kann. 2017 stellt sich das Problem umgekehrt: Man weiss gar nicht mehr, bei welcher Katastrophe, bei welcher Krise, bei welchem Despoten, bei welchem Wahl- oder Umfrageergebnis, man eigentlich anfangen soll um den dramatischen Zustand unserer Welt zu schildern. Eine historische Konstante, an der man immer wieder sehr gut den Zustand der Welt ablesen kann, ist der Blickwinkel der Migrationsgeschichte. Und es ist dieser Blickwinkel, der Historikerinnen und Historiker in ein paar Jahrzehnten dazu veranlassen wird, ein vernichtendes Urteil über unsere Generation zu fällen. 65 Millionen Menschen weltweit, sind aktuell auf der Flucht – das ist allzeit Weltrekord. Jeden Tag werden gemäss UNO 34'000 Menschen – die Stadt Chur – neu zur Flucht gezwungen. 94% all' dieser Menschen halten sich nach ihrer Flucht in den Ländern des Mittleren Ostens, in Afrika, in Asien und in Nord- und Südamerika auf. Nur 6% von ihnen schaffen es überhaupt nach Europa.¹

„Das schweizerische Asylrecht ist nicht bloss Tradition, sondern staatspolitische Maxime; es ist Ausdruck der schweizerischen Auffassung von Freiheit und Unabhängigkeit [...] Im Hinblick auf die Pflicht, eine der schweizerischen Tradition entsprechende Asylpraxis einzuhalten, ist eine freie, weitherzige Aufnahme von Flüchtlingen in Aussicht zu nehmen“ – das schreibt der niemand geringeres als der Schweizerische Bundesrat 1957 in einer Grundsatzklärung zur Asylpolitik. Was für ein Kontrast mit der neurotischen Angstdebatte, die ganz Europa im irrigen Glauben führt, eine wahnsinnig grosszügige Asylpolitik zu betreiben. 35'000 tote

¹ Alle Zahlen: <http://www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html>

Migrantinnen und Migranten im Mittelmeer in den letzten 25 Jahren², alleine 13'000 zwischen 2014 und heute. Das sind ungefähr so viele, wie die gesamte EinwohnerInnenzahl von Liestal, Pratteln und Frenkendorf [Davos, Landquart, Domat-Ems, St. Moritz und Arosa] – zusammen. Und die Schweiz beherbergt knapp 120'000 Personen, 1.4% der Bevölkerung³.

Und jetzt schreien Sie auf, die Nationalisten und leider in ihrem elenden Opportunismus ein Grossteil der so genannten Liberalen und Christdemokraten. Zu viele seien es! Aber Genossinnen und Genossen, was haben wir uns denn gedacht, als wir begonnen haben, ein Land nach dem anderen in Nordafrika und dem Mittleren Osten zu bombardieren? Ich meine, versteht mich nicht falsch. Ich gehöre zu jene, die durchaus sehen, dass es Moment in der Geschichte gibt, in denen es völlig legitim ist auch mit Waffengewalt gegen Menschenschlächter und Diktatoren vorzugehen. Aber dann muss man doch verdammt nochmal einen Plan. Was dachten wir denn, was die Menschen machen, wenn der Westen ihre Städte bombardiert? Warten? Was dachten wir denn, was passiert, als die UNO 2014 einem Drittel der Syrien-Flüchtlinge die Lebensmittelrationen kürzte, weil wir hier die Banken und ihre Boni retten mussten? Wie zynisch ist es bitte, wenn die Welternährungsorganisation warnt, dass in den nächsten sechs Monaten 20 Millionen Menschen an Hunger sterben könnten, und die Credit Suisse alleine 2017 mehr Boni ausschüttet, als zur Rettung dieser Menschen nötig wäre?⁴ Ja, erwarten wir den ernsthaft, dass die Menschen den Anstand hätten, doch lieber vor Ort zu sterben, als zu flüchten?

Und jetzt haben wir offenbar Angst. Angst vor den Flüchtlingen, vor allem, vor den Muslimen, die „unsere demokratischen Werte“ gefährden könnte. Dabei sind ausgerechnet jene, die lautesten schreien, die die Energiestrategie 2050 bekämpfen, über dir wir in 20 Tagen abstimmen. Und die damit nicht anderes tun als ein System

² Bis 2013: <https://www.theguardian.com/world/2013/oct/03/mediterranean-migrant-deaths-avoidable-loss>, ab 2014: <https://missingmigrants.iom.int/mediterranean>

³ vgl. Asylstatistik März 2017, <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/statistik/asylstatistik/archiv/2017/03.html>

⁴ <http://www.fao.org/news/story/en/item/882610/icode/> und <http://www.rp-online.de/politik/ausland/eine-milliarde-euro-soll-den-hunger-im-jemen-lindern-aid-1.6778359>

zu verteidigen, dass die ganze Welt in Abhängigkeit bringt von Erdöl, auf dessen Quellen nicht zuletzt ausgerechnet Terrororganisationen wie der Islamische Staat oder die Despoten in Saudi Arabien sitzen. Und die gleiche Mehrheit in Bundesrat und Parlament, die angeblich im Namen von Frauenrechten und Freiheit im Nationalrat ein Burkaverbot fordert, hat offenbar auch keine Probleme damit Waffen zu liefern an die Türkei unter Erdogan oder an die Fundamentalisten in Saudi-Arabien, an Regime das systematisch alles mit Füßen tritt was mit Pressefreiheit, Frauenrechten, Demokratie oder Menschenrechten zu tun hat. Weil es offenbar ganz wichtig ist, dass wenn Frauen und Demokratiebewegungen schon unterdrückt werden, dann bitte wenigsten mit Schweizer Waffen. Das ist doch eine verdammt bigotte Politik Genossinnen und Genossen und das muss endlich ein Ende haben!

Selbstverständlich ist es falsch, in falsch verstandener Toleranz religiöse Fundamentalisten in Schutz zu nehmen. Nur, brauchen wir im Moment gar nicht auf das Erstarken der religiösen Fundamentalisten aller Couleur, damit die Demokratie bedroht wird. Die Bedrohung ist schon mitten unter uns. Ausgerechnet jene, die sich am liebsten mit der Demokratie und ihren Werten schmücken, sind die grösste Gefahr. Es sind jene, die Mal um Mal den Rechtsstaat angreifen, Richter verhöhnen, und die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen wollen, damit niemand mehr gegen staatliche Willkür zu Wehr setzen kann. Es sind jene, die bis zum Schluss versucht haben zu verhindern, dass Vergewaltigung in der Ehe zum Offizialdelikt wird, es sind jene, die sich gegen gleiche Rechte für Schwule und Lesben wehren, jene, die die Religionsfreiheit in der Verfassung beschnitten haben, jene, die sich seit Jahr und Tag gegen die Lohngleichheit von Mann und Frau wehren, jene, die Menschen in der Gesellschaft versuchen gegeneinander aufzuhetzen, Alte gegen Junge, Schweizer gegen Ausländer, Christen gegen Muslime. Genossinnen und Genossen, wir müssen das mit aller Deutlichkeit sagen, auch dann, wenn es gegen den Wind geht: Die grösste Bedrohung für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat hierzulande, nicht etwa die paar Tausend Menschen, die Schutz suchen, nein. Die grösste Bedrohung für Freiheit und Demokratie seit dem Fall der Berliner Mauer ist der Aufstieg der Antidemokraten der extremen Rechten unter der Führung der SVP und alle Opportunisten, die für ein paar Mandate alles verraten, für was die Demokratie stehen kann.

Und wir brauchen nur einmal kurz den Kopf zu heben und herum zu schauen, um zu sehen, die grosse diese Bedrohung ist. In Österreich macht der Kandidat der FPÖ fast 50% der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen, in Frankreich zieht Marine Le Pen mit einem historischen Resultat in die zweite Runde der Wahlen ein, in Holland gewinnt Geert Wilders die Wahlen und zwingt die Regierung zu unzähligen Konzession an sein fremdenfeindliches Programm und in beiden Ländern liegt die Sozialdemokratie am Boden. In Polen, Ungarn oder der Türkei ist die Rechte keine theoretische Bedrohung mehr, sondern wird das Rad der Zeit wird Schritt für Schritt zurück gedreht, von der Pressefreiheit über das Recht auf Abtreibung bis zum Asylrecht. Und wenn der 1. Mai 2017 auf eine europaweite Botschaft reduziert werden müssten, dann kann es nur eine gemeinsame Botschaft an alle Demokratinnen und Demokraten geben: Es darf kein Zusammengehen, keine Toleranz, keine Deals, keinen Fussbreit an die Antidemokraten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen und als gehört er in den Mülleimer der Geschichte.

Es wird aber nicht reichen, die Rechte kurzfristig an den Urnen zu besiegen. Schon gar nicht, wenn der Preis dafür eine Politik des weiter wie bisher ist. Wie Martin Schulz richtig sagt: Ich bin überzeugter Europäer, nicht weil ich glaube, dass alles so bleiben muss wie heute ist, sondern im Gegenteil, weil ich überzeugt bin, dass sich alles ändern muss, wenn wir Europa retten wollen, dass wir Europa vom Kopf wieder auf die Füsse stellen müssen. Nach dreissig Jahren neoliberaler Dominanz gibt es einen unverkennbaren Boden für Nationalismus und Fremdenhass. Die Strategie war und ist der schrittweise Abbau der über Jahrzehnte erkämpften sozialen und wirtschaftlichen Teilhaberechte. Genau jene, die sich jetzt über den Untergang der Werte und Moral beklagen, sind die Architekten dieses Untergangs. Was gibt es denn für einen wichtigere, ganz liberalen Wert als jene, des sozialen Ausgleichs? War das den liberalen Gründerinnen und Gründern des modernen Europas im 19. Jahrhunderts irgendwo noch klar, scheint das heute vergessen. Ein Bericht von Oxfam stellte bereits 2015 fest, dass in Europa 123 Millionen Menschen inzwischen an oder unter der Armutsgrenze leben. 50 Millionen geben an, die Rechnung für die Heizung in der Wohnung nicht bezahlen zu können. Das muss man sich einmal

vorstellen. Dem gegenüber stehen gut 350 Milliardäre, doppelt so viele wie noch 2009.⁵

Zahlen, die auch die Situation in den Nationalstaaten widerspiegeln. Es ist krass, an welches Niveau von Ungleichheit wir uns inzwischen gewöhnt haben. Seit Jahren ist meine Lieblingsquelle dazu die Wirtschaftszeitschrift Bilanz, nicht gerade im Verdacht linksextrem oder so zu sein. Gemäss aktueller Bilanz-Liste der 300 Reichsten Schweizerinnen und Schweizer liegt die Familie Kamprad mit 46 Milliarden Familienvermögen auf Platz 1⁶. Jemand der den gewerkschaftlich geforderten Mindestlohn von 4000 Franken verdient, notabene Mal 13, ca. 10'000 vor Christus mit Arbeiten begonnen haben müssen um auf den gleichen Betrag zu kommen, also noch 4000 Jahre bevor ersten Brexit, als nämlich die Britische Platte durch die Überflutung des Ärmelkanals geografisch von Europa getrennt wurde. Aber nicht nur die Differenzen zwischen ganz oben ganz unten sind erschreckend, sondern auch zwischen der Mitte der Gesellschaft und ganz oben. Um das zu verdienen, was der UBS-Chef Sergio Ermotti 10 Jahren verdient, müsste eine Baselbieter [Bündner] Primarlehrerin, die 45 Jahre im Beruf arbeitet, ab dem 1. Tag den Maximallohn verdient und nie auch nur je einen einzigen Franken ausgibt 28 Mal [29 Mal] wiedergeboren werden um auf den gleichen Betrag zu kommen.⁷

Und diese Umverteilung ist nicht einfach nur anekdotisch. 2007, ein Jahr vor der Finanzkrise hatten die 300 Reichsten Schweizerinnen und Schweizer zusammen ein Reinvermögen von 460 Milliarden Schweizer Franken. Schon damals ungefähr das Bruttoinlandprodukt von Schweden oder Norwegen. Heute, neun Jahre nach der Finanzkrise, besitzen die gleichen 300 Personen satte 613 Milliarden, also 153 Milliarden mehr, als nach neun Jahren der tiefsten Wirtschaftskrise, die dieser Kontinent seit dem 2. Weltkrieg erlebt hat. Und gleichzeitig erklärt man uns in Kanton nach Kanton, dass bei den Leistungen an die Bevölkerung jetzt abgebaut werden müsse, weil das Geld fehle. Die Steuer- und Wirtschaftspolitik von Bund und Kantonen hat dazu geführt, dass vor allem dank höhere Krankenkassenprämien und

⁵ <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2015-09-08-oxfam-bericht-ungleichheit-armut-europa-bedrohen-sozialen>

⁶ <http://www.bilanz.ch/300-Reichste-live>

⁷ vgl. Lohndatenerhebung der D-EDK <https://www.d-edk.ch/lohndatenerhebung>

Mieten tiefere und mittlere Löhne trotz flächendeckenden Steuersenkungen heute weniger im Portmonnaie haben, als vor 10 Jahren, die Top 10% der Löhne, aber mehr.⁸ Die rechte Mehrheit hat in den ersten eineinhalb Jahren neue, wiederkehrende Geschenke an ihre Klientel von mindestens 7 Milliarden Franken beschlossen, die die Was hier im Gange ist, Genossinnen und Genossen, ist nichts anderes als ein schamloser Raubzug auf Reichtum dieses Landes, es ist Klassenkampf von oben und er gehört endlich gestoppt und umgedreht!

Die besten Verbündeten dieser Umverteilungsmaschinerie sind Angst und Unsicherheit. Nur wer Angst hat vor der Zukunft, der oder die lässt sich seine sozialen Errungenschaften, seine Rechte, seine AHV, seine IV, seine Arbeitslosenversicherung kürzen. Nur, wer in einer Situation der permanenten Unsicherheit lebt, der lässt sich Einschüchtern und Erpressen, nur wer Angst hat vor der Zukunft, willigt ein, mehr zu arbeiten für den gleichen Lohn. Nur, und hier treffen sich Kultur- und Klassenkampf von oben: Nur, eine Gesellschaft, die in genügend Unsicherheit und Angst lebt akzeptiert ein Wirtschaftssystem, in dem sich einige wenige immer schamloser bedienen. Und die Folge von Angst und Unsicherheit ist Ohnmacht. Das Gefühl, sowieso nichts ausrichten zu können gegen all' das, was um uns geschieht. Und genau diese Ohnmacht, ist das politische Ziel der neoliberalen Rechten, sie führt zur Abstinenz von Politik. Für sie ist nämlich Politik vor allem etwas, das sie daran hindert, die Menschen und die Ressourcen unseres Planeten auszubeuten. Ihre Vorstellung von Politik ist eine Politik, in der man scheinbare Sachzwänge, Standort- oder Steuerwettbewerb, oder die gesellschaftliche Ungleichheit einfach als unveränderlicher Ordnungsrahmen hinzunehmen hat, oder wie es die deutsche Bundeskanzlerin einmal formuliert hat: Demokratie ja gerne, aber bitte nur marktkonform. Unsere Gesellschaft ist heute an einem Punkt, an dem die Ohnmacht angesichts all' der Krise, die auf uns herab prasseln fast universell scheint: Flüchtlingskrise, Umweltkrise, Klimakrise, Krim-Krise, Wirtschaftskrise. Wer von uns ist am schieren Zustand dieses Planeten nicht schon mindestens einmal fast verzweifelt? Wer von uns hat sich nicht schon ernsthaft gefragt, ob sich das ganze Anrennen eigentlich noch lohnt?

⁸ vgl. Work Zeitung vom 28. April 2017, Seite 8

Vor ein paar Jahren hätte ich an dieser Stelle vielleicht noch die Geschichte der Sozialdemokratie verwiesen, um Hoffnung zu schöpfen für den Kampf gegen die Ohnmacht. Heute reicht die Gegenwart dazu. Vor eineinhalb Jahren, hat die Linke die Wahlen verloren in diesem Land. Seither hat sie sich zusammengerauft wie noch selten. Sie ist aufgestanden und hat gekämpft. Gemeinsamen, Genossinnen und Genossen, haben wir den verheerenden Entscheid vom 9. Februar 2014 korrigiert und die Zukunft der Schweiz in Europa sicher gestellt. Wir haben vor gut einem Jahr, die Durchsetzungsinitiative gewonnen, dank einer einzigartigen Mobilisierung. Wir haben es geschafft, eine Rentenreform durchzusetzen, die – einmal in diesem Moment in Europa – den solidarischen Anteil der Rentenfinanzierung stärkt.

[Graubünden] Vor einem Monat waren 10'000 Menschen auf der Strasse um für gleiche Rechte für Männer und Frauen zu demonstrieren und wir haben gemeinsam das Prestigeprojekt der Rechten, die Unternehmenssteuerreform III zu Fall gebracht. Genossinnen und Genossen, wenn uns die ersten eineinhalb Jahr dieser Legislatur etwas lehren, dann das: Linke Politik gewinnt nicht, wenn wir uns selber bemitleiden, sondern wir aufstehen und gemeinsamen kämpfen. Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und neoliberaler Klassenkampf von oben gehen Hand in Hand. Gegen beides, muss sich die Linke hier und in Europa entschieden zu Wehr setzen.